Land NRW will Pflichtversicherung gegen Hochwasser einführen

Mit dieser Initiative von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sollen Bewohner vom Niederrhein durch einen weiteren Kostenbeitrag bestraft werden. Erst genehmigt der Staat den Bergbau unter einem potenziellen Überflutungsgebiet des Rheins indem das Siedlungsgebiet bis zu 25 Meter abgesenkt wird und den Bewohnern das höhere Daseinsrisiko seit über 100 Jahren tragen lässt.

Wir sehen dass die Deichverbände ihre verantwortlichen Aufgaben zum Daseinsschutz wegen unzureichender Finanzmittel und artfremden Pflichten nicht nachkommen können. Der jahrzehntelange Sanierungsüberhang ist bezeichnend dafür. Es gibt keinen TÜV der die Mängel öffentlich macht.

Das gültige Bundesberggesetz fördert die Lebensraumschädigung und das Risiko für Leib und Leben der Bewohner. Deiche verhindern den Rückfluss von Stauwasser aus den Senkungsmulden. Nur die ständige Grundwasserabsenkung hält das bergbaubetroffene Gebiet bewohnbar!

Durch eine „Pflichtversicherung“ sollen eklatante Zuständigkeits- und Verantwortungsdefizite der Landesregierung –trotz Grundgesetz-legalisiert werden. Mit einer Pflichtversicherung ist das reale Risiko von 500.000 Menschen, Tiere und Infrastruktur eine menschenverachtende Strategie, die ein weiter so legalisiert!

Mit Vorsorge und Schadensverhinderung lässt sich politisch wohl kein Blumentopf gewinnen?

Xanten, 16.03.2023 HWS

NRW | Nr. 59 | NRW 9 | 10.3.2023

Land NRW will Pflichtversicherung gegen Hochwasser

Düsseldorf/Berlin. Das Land NRW wird gemeinsam mit Baden-Württemberg eine Initiative zur Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung in den Bundesrat einbringen.

Damit soll unter anderem den Betroffenen des Starkregens und Hochwassers vom Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz besser geholfen werden, wie die NRW-Staatskanzlei am Donnerstag in Düsseldorf mitteilte. Eine flächendeckende private Versicherung von Gebäudeeigentümern gegen Elementarschäden sei „eine langfristige Risikoprävention“, hieß es. Die Gebäudeeigentümer übernehmen damit Verantwortung und schützen ihr Hab und Gut.

Als Konsequenz aus der Hochwasser-Katastrophe vom Sommer 2021 seien sich die Länder einig, dass die bundesweite Pflichtversicherung für Elementarschäden kommen müsse, betonte Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU).

epd